

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 17. September 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansen & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld: W. Thienes. Greifswald: G. Illies. Halle a. S.: Jul. Barch & Co. Hamburg: Heinr. Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen: Aug. J. Wolf & Co.

Der Kaiser in Hannover.

Bei dem Empfang der Deputation der Georg-August-Universität durch den Kaiser im Residenzschloß zu Hannover hob in seiner Ansprache der Rektor der Universität hervor:

Die Deputation sei gekommen, um vornehmlich den Dank der Universität vor den Stufen des Thrones niederzulegen für den Gnadenakt aus dem letzten Regierungsjahr Kaiser Wilhelm I., wodurch als Rektor magnificentiſſimus der Universität ein erlauchter Prinz des königlichen Hauses erwählt worden sei. Mit freudigem Stolz erfüllt über diesen Ausdruck landesväterlicher Gnade sei die Deputation gekommen, um das Gelübnis unwandelbarer Treue abzulegen und zu versichern, daß die Universität das ihr anvertraute Gut der Wissenschaft in treuester Pflichterfüllung dem herankommenden Geschlecht übermitteln wolle, nachstehend dem Beispiel des Kaisers und seiner Vorgänger und sich dabei der Lehre der Geschichte erinnernd, daß eine Nation, nachdem sie eine hohe Stufe der Kultur und Zivilität erreicht habe, diese nur durch die Pflege der Wissenschaft sich dauernd zu erhalten vermöge.

Der Kaiser erwiderte:

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und freue mich außerordentlich, daß Sie gerade die geschichtliche Seite zu betonen die Freundlichkeit hatten. An dieser Stelle auch ich besonders der Geschichte, daß gerade durch das Studium der Geschichte das Volk eingeführt werden kann in die Elemente, aus denen seine Entstehung und seine Kraft sich aufgebaut haben. Je mehr und eifriger und eingehender die Geschichte dem Volke eingeprägt wird, desto sicherer wird es Verständnis für seine Lage gewinnen und dadurch in einheitlicher Weise zu großartigem Handeln und Denken erregen werden. Ich habe schon wiederholt meine Ansicht dahin geäußert, daß Sie das Material gut vorbereitet in Ihre Universitäten bekommen möchten, und hoffe, daß in den nächsten Jahren das Geschichtsstudium noch einen ganz anderen Aufschwung nehmen wird wie bisher.“

Deutschland.

Berlin, 16. September. Die „Germania“ bechwert sich neuerdings über die „Untergrabung des konfessionellen Friedens“, und zwar durch Regierungshandlungen. Sie beruft sich besonders auf die Herrn v. Rauchhaupt, nachstehend „Hallische Ztg.“, welche ihre Besprechung des Schreibens der deutschen Bischöfe an den Papst und der Antwort des Oberhauptes der katholischen Kirche mit der Ueberschrift versehen habe: „Aus dem heiligen römischen Irrenhaus“. Die „Allg. Ztg.“ meint, daß diese Artikel nur ein pathologisches Interesse beanspruchten; sie würden in der Geschichte der Geisteskrankheiten ungeschickliche Beiträge bilden. Das Blatt spricht weiter von papiernen Beiständen und blutigen Verfolgungswahn des Vatikan. Es ist nicht unser Verstand, die Ausdrücke zu rechtfertigen. Aber die „Germania“ wird auch thun, jene Artikel noch einmal zu lesen. Hunderttausende gestifteter Menschen haben das Andenken Giordano Bruno's gelehrt, und die Bischöfe reden von dem Gift der heutigen Weltanschauung, von modernem Heidentum, vom Wandel voll fittlicher Verkommenheit, von wildem Haß und schamloser Verleumdung mit Beziehung auf Bruno oder dessen Verehrer, von den „schlechten geheime Gesellschaften“, von vollständiger Untergrabung von Tugend und Recht, und der Papst spricht von jenem „verbrecherischen Mangel“, von dem „Verfall der Schamhaftigkeit“ (der Erklärung des Bruno-Deutlichen), von der „fremden Kundgebung einer farnischen Gottlosigkeit“. Ob diese Ausdrücke den konfessionellen Frieden bestreiten können? Diefelbe „Germania“ enthält jetzt Anzeigen über eine in ihrem Verlage erscheinende Schrift: „Der Kampf von Wittenberg“, der ebenfalls ultramontane „Weiß. Merkur“ bringt unmittelbar unter dem Briefe des Papstes einen Zeitartikel mit der Ueberschrift: „Der Niedergang der Volksschule in Folge der sog. Reformation“, der nicht ohne feindseligen Luthers spricht. Fördert die ultramontane Presse damit den konfessionellen Frieden? Nein, von literarischer Seite ist über Luther noch weit schärfer als über Giordano Bruno geurtheilt worden. Nur wer selber eine so weitgehende Keckheit in Anspruch nimmt, wie die Kurie und deren Getreue, braucht auch bei starken Ausdrücken aus dem gegnerischen Lager nicht gleich nervös zu werden oder gar, wie es die „Germania“ thut, die Regierung zu Hülfe zu rufen.

In Dörschleben hielt kürzlich der Abgeordnete Traeger vor etwa 500 Männern eine längere Rede. Selbstverständlich fehlte in derselben nicht die übliche Beweisführung der freimüthigen Partei als solcher überhand und der „opferwilligen“ freiwilligen Wähler insbesondere. Aber um dies hervorzuheben, würde es sich nicht lohnen, auf den Vortrag des genannten Herrn einzugehen; doch die folgenden Worte, mit denen unter „lang anhaltendem Beifall“ Herr Traeger effektiv schloß, verdienen eine kurze Beleuchtung: „Wir besitzen den Muth, dem Kanzler auch einmal ein mannhaftes „Nein“ entgegenzusetzen, wenn es erforderlich ist. In den Stimmungen geht es ohne Reibung, oder Auseinandersetzung nicht ab, und wenn die Vertreter immer nachgeben wollten, dann wäre die Verfassung nur auf dem Papiere. Lassen Sie die Zeit bis zur Wahl nicht unbenuzt, und ich hoffe, daß wir uns unter besseren Umständen nach einem Siege wiedersehen.“ Das mannhafte „Nein“, welches die freimüthigen den Muth besitzen, „auch einmal“ dem Kanzler zuzurufen, ist eine recht weitgehende poetische Ueberschätzung des Vortrages. Bekanntlich ertönt das „Nein“ nicht „auch einmal“, also ausnahmsweise, sondern es läßt sich in unentwegter Konsequenz hören. Auch wenn der Kanzler noch gar nicht gesprochen hat, schon wenn von Weitem von einer möglichen Absicht des Kanzlers die Rede ist, — wenn man eben nur vermuthen darf, man durchkreuze die Lust der Fürsten Wißmuth, dann ruft der gesammte Freimuth schon: Nein! Zu diesem Nein gehört also gehört keineswegs für die freimüthigen jedesmal ein besonderer Muth, das Regieren ist für ihnen Parteiache und Gewohnheit; viel mehr Muth gehört dazu, „auch einmal“ dem Kanzler „Ja“ zuzurufen! In solchen Fällen hat sich meist die freimüthige Partei, die im Nein-

jagen sich sonst stets geschlossen zeigt, gespalten. Was Herr Traeger aber von der Verfassung sagt, deren praktische Wirkung wir nach seinen Worten nur dem Freimuth zu verdanken hätten, so ist auch das eine jener romantischen Träumereien, in denen der Lyriker sich so wohl gefühlt und die der Wirklichkeit so ganz und gar nicht entsprechen. Es genügt, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß unser Kaiser erklärt hat, die Verfassung halten und schützen zu wollen, nicht um ihrer selbst willen, sondern weil er in ihr eine gerechte und nützliche Vertheilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben erblickt. Es genügt ferner festzustellen, daß es gerade die Oppositionsparteien sind, welche fortgesetzt an der Verfassung rütteln, welche Herabsetzung der Militär-Dienstzeit, parlamentarische Regierung, Diäten, Abschaffung des Herrenhauses und andere Forderungen, von denen die Verfassung nicht weiß oder die mit der Verfassung im Widerspruch stehen, durchzusetzen bestrebt sind. Außerdem dürfte es unmöglich sein, Beweise beizubringen, daß die Konserwativen nicht tren und aufrichtig die Verfassung halten wollen. Wozu also diese zwar effektvolle, aber immerhin die Gegner herabsetzende und ihnen (was die „Nation“ fürzlich als „Besessene“ bezeichnete) die Ehre abschneidende Praele?

Die Reichstagsession soll, wie jetzt mit Bestimmtheit gemeldet wird, schon am 22. Oktober beginnen.

Zum ersten Rabbiner der hiesigen jüdischen Gemeinde ist an Stelle des verstorbenen Dr. Frankel Dr. Vogelstein aus Stettin gewählt worden. Derselbe wird bereits an den bevorstehenden Festtagen in Berlin predigen.

Der Regierugs-Präsidenten Grafen Wilhelm Bischoff zu Hannover ist der Rother Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Die Nachricht von Abschiedsplänen des Generals v. Albedyll wird jetzt von der „Köln. Ztg.“ in Abrede gestellt. Der General fühle sich in seiner Dienststellung wohl und habe die vollste Anerkennung des Kaisers gefunden. Während des Kohlenstreiks warnte er bekanntlich vor der Verhängung des Belagerungsstandes, und seinem Rathe ist es wesentlich zu danken, wenn damals von der bedenklichen Maßregel abgesehen wurde.

Die Bergwerksbesitzer in Rheinland und Westfalen streben schon seit langer Zeit dahin, eine Ermäßigung der Eisenbahntarife zu erlangen und ihre Kündigungen nach dieser Richtung hin sind oft sehr laut und dringend gewesen, führten sie doch sogar dahin, daß man Herrn v. Maybach durch einen Generaldirektor eines großen Werkes ersetzen wollte. Bisher scheiterten die Anforderungen der Bergwerksbesitzer stets an dem Widerstande der Eisenbahnverwaltung, welche ängstlich bemüht ist, jeden Einnahmeausfall zu verhindern. Jetzt möchte man nun den deutschen Handelsrat als Vorparlament benutzen. Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat in Gemeinschaft mit dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen an den Ausschuss des deutschen Handelsrates den Antrag gestellt, auf Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung den Gegenstand: „Benutzung der Ueberschüsse der preussischen Staatsbahnverwaltung“ zu setzen. In der Begründung wird darüber klage geführt, daß die Einnahmeüberschüsse der Staatsbahnen nicht, wie man nach den Versprechungen bei der Verstaatlichung annehmen sollte, zur Förderung der Bergwerksinteressen und zur Herbeiführung eines billigeren Anstehens der Güter gedient haben, sondern in den allgemeinen Staatskassen geflossen seien. Namentlich sei die Amortisation der Eisenbahnschulden, diese Vorbereitung einer gesunden Tarifpolitik, bisher nur auf rechnerischem Wege erfolgt. Die bisherige Verwendung der Ueberschüsse sei nur wenig in Einklang zu bringen mit den Gesichtspunkten, von denen Regierung und Volksvertretung bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen sich leiten ließen und die ausgesprochenen von der Voraussetzung getragen waren, daß die Eisenbahnen als solche nicht als Quellen zu betrachten seien, aus denen dem Staate direkt Einnahmen zur Verrückung seiner allgemeinen Bedürfnisse zuzuführen seien, daß vielmehr der oberste Zweck des Staatsbahnsystems nur der sein könne, die wirtschaftlichen, insbesondere die Verkehrsinteressen des Landes zu fördern. Da von den Vertretern dieses Standpunktes, u. A. von dem Abg. Hammacher im Abgeordnetenhaus anerkannt worden ist, daß das jetzt übliche Verfahren dem Garantiegebot nicht widerspricht, so wird man wohl den Versuch machen wollen, eine Änderung desselben herbeizuführen. Denn mit den kleineren Maßregeln, die Herr Hammacher bei der letzten Vertheilung des Eisenbahnetats anregte, gewisse einmalige Ausgaben nicht aus Anleihen, sondern aus den laufenden Einnahmen zu decken, wird wohl kaum viel erreicht. Man sieht der Entwicklung mit Aufmerksamkeit entgegen.

Das Zentral-Komitee für den bayerischen Katholikentag hatte bei der Regierung ein Gesuch um Fahrpreisermäßigung auf den bayerischen Bahnen für die Besucher der Versammlung eingereicht. Das Gesuch ist, wie dem „B. Z.“ aus München mitgeteilt, abgelehnt worden mit der Begründung, daß der Veranlassung ein politischer Charakter beigegeben werde. Auf einem Konventikel zu Regensburg wurde durch einen bayerischen Sekretär offiziell die Erklärung abgegeben, daß die Bischöfe dem Katholikentag nicht beizuhören werden.

S. M. Kremer „Sperber“, Kommandant Korvetten-Kapitän Köh, ist am 14. September in Gibraltar eingetroffen und beabsichtigt am 23. desselben Monats die Weiterreise fortzusetzen.

Ein der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zugehöriges Telegramm aus Sansibar meldet, daß Hauptmann Wischmann am 9. d. Mts. in das Innere, und zwar zunächst nach der Gesellschafts-Station Wpwapwa, aufgezogen ist.

Oppeln, 15. September. Ueber den Fortgang der auf Grund des Gesetzes vom 23. Februar 1881 auszuführenden Nothstandsmaßnahmen in Oberschlesien wird berichtet, daß die Entwässerungsgesellschaft zu Krümmen im Kreise Rybnitz mit 119,774 Hektar, sowie die Gesellschaft zur Entwässerung einer 187 Hektar umfassenden Fläche der Feldmark Roschentin, Kreis Lublitz, durch allerhöchster Vollzuges Statut neu begründet worden ist. Außerdem sind in den Kreisen Lublitz und Oppeln je eine

Drainagegenossenschaft gebildet. Vor Ueberreichung der Verhandlungen an den Landwirtschaftsminister bedarf es zunächst noch der Feststellung, inwieweit gegen die widersprechenden Eigentümer der bei den Unternehmen zu betheiligenden Grundstücke der Eintritt in die Genossenschaften auf Grund des § 65 des Gesetzes vom 1. April 1879 erzwungen werden kann. Aus 18 Gemeinden des Nothstandsbezirks liegen neue Anträge auf Bildung von Entwässerungsgesellschaften und aus einer Gemeinde auf Bildung einer Ent- und Bewässerungsgesellschaft vor; in dreizehn Fällen haben die einleitenden Verhandlungen beabsichtigt die Vorarbeiten stattgefunden, während dies in den übrigen Fällen unmittelbar bevorsteht. Das Projekt zur oberirdischen Entwässerung der Feldmark Segeditz im Kreise Oppeln ist in der Feststellung begriffen.

Arnberg, 15. September. Die Enquete im hiesigen Regierungsbezirk ergab, daß Ende 1888 in den Sparkassen des Regierungsbezirks sich 268 Millionen Mark Spareinlagen befanden gegen 255 Millionen Ende 1887. In der Summe der Einlagen von 1888 sind 72 Millionen Mark enthalten, die von Arbeitern eingelegt wurden, während die von dieser Seite der eingelegten Sparbeiträge Ende 1887 sich nur auf 48 Millionen Mark beliefen. Von dem während eines Jahres erzielten Plus der Einlagen entfallen auf Kohlenarbeiter allein 4 Millionen Mark. Diese konnten also im Jahre 1888 unter den von ihnen gesicherten unglücklichen Verhältnissen der Existenz immerhin hohen Betrag mehr sparen, als im Jahre 1887.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 16. September. Schönburg demittirt in der „Bohemia“ die Meldungen über ihm angelegene Vermittlung.

Ragusa, 16. September. Stärkere montenegrinische Einwanderungen nach Serbien sind bevorzuzut.

Cerajewo, 16. September. Die Einweisung der Katerale verlief ruhig. Strohmayer hielt nur einen der Einzige geltenden Toast.

Niederlande.

Amsterdam, 13. September. Aus den einzelnen hierher gelangten Privatbriefen von Offizieren, welche an dem Gesichte von Bohama (Alsch) theilgenommen hatten, geht so viel hervor, daß die Artillerie einen geradezu verzweifelten Widerstand geboten und daß selbst Frauen und Kinder am Kampfe theilgenommen haben; außerdem scheinen die Artillerie Zeit und Mühe genug gehabt zu haben, sich nach allen Regeln der Kunst zu verhalten. Ein amtlicher Bericht steht immer noch aus.

Saag, 14. September. Die seit einigen Tagen eingetretene Verschlimmerung im Befinden des Königs hält an; derselbe fühlt sich matt und schläfrig, auch ist die Euphorie sehr gering.

Frankreich.

Paris, 14. September. Der Kriegsminister de Freycinet bereift in diesem Augenblicke die französisch-deutsche Grenze und hat auch bei dieser Gelegenheit das 6. Armeekorps inspiziert, welches behufs der letzten Manöver zusammengezogen ist. Wie es heißt, hat die Nachricht, daß die deutsche Armeeführung beabsichtigt, aus dem 15. Armeekorps zwei Armeekorps zu bilden, Herrn von Freycinet veranlaßt, dem angeblich schon früher ventilirten Projekte näher zu treten, das 6. Armeekorps zu theilen.

Wie ich vor einigen Tagen herangezogen habe, besteht dieses 6. Armeekorps, dessen Hauptquartier sich in Chalons sur Marne befindet, aus 67 Bataillonen Infanterie, 95 Schwadronen Kavallerie und 37 Batterien Artillerie, während die anderen französischen Armeekorps aus 25 Bataillonen Infanterie, 8 Schwadronen Kavallerie und 24 Batterien Artillerie zusammengefaßt sind. Das von mehreren Journalen und Fachblättern günstig beurtheilte Projekt hat aber auch seine Widerlächer, welche nicht mit Unrecht die Behauptung aufstellen, das 6. Armeekorps sei in Wirklichkeit eine Armee, die schon in Friedenszeiten sich beinahe vollständig auf dem Kriegsschiffe befindet und unter einem einheitlichen Kommando bleiben müsse, um beim Ausbruche des Krieges ihre Mission erfüllen zu können.

Unter den boulangistischen Kandidaten befindet sich ein Herr v. Belleval, bis vor Kurzem Auditor im Staatsrathe, der wegen Veröffentlichung einer gegen die gegenwärtige französische Regierung gerichteten Broschüre abgesetzt worden ist. Das boulangistische Organ „La Cocarde“ veröffentlicht nun behufs Empfehlung der Kandidatur des Herrn Belleval eine Art Autobiographie desselben, welche die folgende Stelle enthält: „Kurz vor seiner Absetzung als Mitglied des Staatsrathes hatte Herr v. Belleval noch ein sehr werthvolles Zeugnis der Werthschätzung seiner Vorgesetzten erhalten. Man hatte im Schoße des Staatsrathes eine Kommission gebildet behufs Studiums der in Elsaß-Lothringen eingeführten deutschen Gesetze. Herr v. Belleval war zum Vizepräsidenten dieser Kommission ernannt, deren Präsident ein Mitglied des Staatsrathes war. Im Falle des Kriegsausbruches und nach der siegreichen Wiedereroberung unserer iberen Provinzen war Herr v. Belleval dazu designirt, General-Sekretär von Elsaß-Lothringen zu werden.“ Daraus muß also gefolgert werden, daß die französische Regierung bereits alle Vorbereitungen getroffen hat, um in Elsaß-Lothringen die Verwaltung wieder in die Hand zu nehmen. Es dürfte das mindestens als etwas verräthlich erscheinen.

Paris, 15. September. Emmanuel Arène, welcher seit 1881 kaiserlicher Abgeordneter ist, berichtet über die Lage auf der heimathlichen Insel im „Matin“. Bekanntlich war Korsika lange die feste Burg des Bonapartismus und stütz auf die Ehre, die Wiege der kaiserlichen Dynastie gewesen zu sein; aber damit hat es nunmehr seine guten Wege. Bezeichnend genug, ist der Generalrath zur Mehrheit republikanisch und die Bonapartisten, welche hofften, durch vollständiges Erscheinen einen der iberen zum Präsidenten ernennen zu können, haben ihr Vorhaben vor einigen Tagen abermals vereitelt, denn die Republikaner ihrerseits blieben nicht zurück und wählten abermals Emmanuel Arène. Dieser erzählt seinen Lesern, welche Mühe sich die bonapartistischen Kandidaten geben, der Marquis de Ville-

neuve, Gatte der Tochter des Prinzen Peter Bonaparte, und Edmond Blanc, der Spielwächter von Monte-Carlo, Schwager des Prinzen Roland Bonaparte, Sohn des Prinzen Peter, der ein Vrl. Blanc geheiratet hatte und bis zur Volljährigkeit seines Kindes über das städtische Vermögen seiner Frau verfügte. Herr de Ville-neuve trägt überall ein Schreiben des Prinzen Viktor herum, in dem der junge Präsident ihn auffordert, auf Korsika „das Banner des Kaiserreichs zu schwingen“, für die Korien ist er ein Bonapartist, für die Boulangisten aber, die ihn ebenfalls empfehlen, ein „jugewandter Republikaner“.

In dem Arrondissement Sartena, demjenigen Arènes, kandidiren drei Bonapartisten gegen ihn, von denen nur einer ernsthafte Beachtung verdient, weil er den in den Parteikämpfen der Insel bekannten Namen Abbaticci trägt. Dieser widmet kaum einige Worte seines Programms dem Bonapartismus und einen ganzen Abschnitt dem „brav general“, den er dadurch zu seinen Gunsten zu stimmen sucht, daß das Komitee unter den drei seine Wahl noch nicht getroffen hat. Arène erlaubt sich, die Herren Boulangier und Maquer auf die Verdienste Abbaticci's aufmerksam zu machen. Um die Korien zu bestechen, wird das Gerücht verbreitet, es werde ein Goldregen fallen, und dazu gesellen sich noch Drohungen gegen die republikanischen Beamten. So sprach ein boulangistischer Kandidat neulich bei einem Wähler vor, dessen Bruder Unterpräfekt ist, und sagte zu ihm: „Ich komme nur, um Sie wissen zu lassen, daß Ihr Bruder in einem Monat abgesetzt sein wird“.

Paris, 16. September. Thiebaut, das ehemalige Mitglied des nationalen Komites, welcher nach der Flucht Boulangers von diesem abgefallen war, sich aber dann mit ihm wieder versöhnt hatte, ist aufs Neue abgefallen und stellt seine Kandidatur im achtzehnten Arrondissement gegen Boulangier und den Boulangisten Joffrin auf, nachdem er, wie er sagt, als Mitglied des nationalen Komites vergeblich gegen die tödtlichen Kompromisse desselben protestirt habe und zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß der Boulangismus nach den begangenen Irrthümern eine Fehlgeburt oder eine gefährliche Verlogenheit für die Republik sei. Thiebaut erklärt, in erster Linie stehe für ihn die Republik, dann erst die Revision.

Paris, 16. September. Die Börse eröffnete in sehr fester Tendenz, besonders für Fonds, deren Medio-Variation zu wenig über 2 Prozent Reportis sich vollzogen; der Markt verliefte aber auf verschiedene falsche politische Gerüchte, speziell aber auf das Petersburger Gerücht, wonach der Zarowitz auf die Pariser Ausstellungsreise verzichtet wolle. Staatsbahn animirt, bis 500 bezahlt, Alpine 193.75, Sterlingwechsel offerirt zu 25.24.

Großbritannien und Irland.

London, 14. September. Gestern wurde der Bericht des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Einwanderung in das Vereinigte Königreich veröffentlicht. Die Einwanderung ist in den letzten Jahren stärker gewesen, als je zuvor, und es stellen die aus Irland vertriebenen Juden ein erhebliches Kontingent zu derselben. Die meisten Einwanderer treffen im Hafen von Hull ein, aber nur 6 bis 10 Prozent der Antömmlinge lassen sich in Hull, Manchester, Leeds und Bradford nieder, während die Uebrigen weiter nach Amerika reisen. Im Hafen von London sind im Jahre 1888 12,062 Einwanderer angelangt, 1887 9155. Ein Drittel derselben war so von allen Mitteln entblößt, daß sie kaum anständige Kleidung besaßen. Im Distrikt Whitechapel bildeten die Ausländer im Jahre 1861 7.7 Prozent der Gesamttheit, die politischen Juden 1 Prozent; 1881 war der Prozentsatz der Letzteren auf 4.25 gestiegen. Die meisten von ihnen sind Schumacher. Von 23,000 Londoner Tischlern sind 4000 Ausländer. Die Zahl der in London wohnenden Juden wird von Einigen auf 60,000, von Anderen auf 35,000 geschätzt. Die Vorschläge des Ausschusses beschränken sich hauptsächlich auf eine bessere Kontrolle der ärmeren Einwanderung, während jegliches Verbot oder Einschränkung derselben einflusslos sein befürwortet wird.

London, 15. September. Es werden gegenwärtig Verfügungen getroffen, vom Anfange des nächsten Jahres die Kinder vornehmer Mohamedaner in Indien nach England zu bringen, um sie in den großen öffentlichen Schulen von Harrow, Clifton, Ambridge u. s. w. erziehen zu lassen. Der Zweck dieser Neuerung wäre, das intellektuelle Niveau der bemittelten mohamedanischen Klassen zu heben. Es wird nicht daran gedacht, die Jungen zu proselitisiren; im Gegentheil, es wird ein maulv hierher gebracht, ihren religiösen Unterricht zu leiten.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 14. September, wird geschrieben:

Der Vorstand des dänischen Friedensvereins hat angeordnet, daß die bevorstehenden Wahlen freien eine Ansprache an die Wähler erlassen, die in mehrfacher Beziehung bemerkenswerth ist. Der Abgeordnete Frederik Bajer, welcher an der Spitze des Vereins steht, gehört sicher zu den Männern, welche das Verhältnis Dänemarks zu Deutschland noch am unbefangenen würdigen, er will Freundschaft mit Deutschland, welche er als das sicherste Mittel erachtet, um Nordischewig für Dänemark zu gewinnen. In diesem Sinne ist auch der Aufruf des Friedensvereins gehalten. Er empfiehlt in erster Linie mitzuwirken zu dem Siege der Friedensbewegung, „denn die Selbstständigkeit unseres Vaterlandes würde durch unsere Theilnahme in einem europäischen Krieg einer unheuren Gefahr ausgesetzt sein. Aber dieser Gefahr kann dadurch leichter entgangen werden, daß wir im Voraus unsere dauernde Neutralität in allen Källen von Krieg zwischen anderen Mächten erklären, als durch Wiederholung der am 23. Januar 1885 im Folkething von der Regierung abgegebenen Erklärung, daß Dänemark für die Zukunft nicht die Freiheit des Handels aufgeben wolle. ... Und glaubt Ihr nicht, so heißt es in dem Aufrufe weiter, daß ein neutralisirtes und friebliches Dänemark eher auf eine Wiedervereinigung mit den dänischen Silbitten hoffen darf, als ein Dänemark, welches Deutschland in den Verdacht hat, sich mit seinen Feinden zu verbünden? Ein dauernd neutrales Dänemark ist gerade in Deutschlands Interesse zu stärken, weil

die Stärkung seiner Neutralität zu einem eigenen Schutze gegen Norden beiträgt. Nicht auf gewaltsamem Wege erreicht ein kleines Volk sein Recht einem großen gegenüber. Nicht mit dem Schwerte können wir erwarten, die Silbitten wieder mit uns zu vereinigen, „die dänisch sind, dänisch bleiben und als Dänen behandelt sein wollen“. Das können wir nur erwarten von dem freien Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen. Die Zeit nähert sich, wo die Rechtsmittel die Machtmittel ablösen müssen, wenn die Streitigkeiten zwischen den Staaten gelöst werden sollen. Die grauenhafte Entwicklung der Kriegskunst wird alle vernünftigen Menschen zwingen, die Friedensbewegung zu unterstützen. Alle Menschenfreunde müßten sich den Friedensvereinen anschließen, deren Lösung „Krieg gegen den Krieg“ ist.“

Die Wähler wurden dann aufgefordert, jeden Kandidaten darauf zu prüfen, wie seine Stellung zur Friedenssache ist; ob er will, daß Dänemark Europa den festen Entschluß zu erkennen giebt, unter allen möglichen kriegerischen Verwicklungen zwischen anderen Staaten die Neutralität zu bewahren. Ferner soll der Kandidat sich erklären, ob er sich die gerichtliche Verträge mit anderen Staaten, besonders mit den nordischen Mächten, will und schließlich ob er bereit ist, einen Druck auf die Regierung auszuüben in der Richtung auf dauernde Neutralität, Schiedsgericht oder andere Mittel, durch welche den Gefahren und Schrecken des Krieges vorgebeugt werden könne.

Schweden und Norwegen.

Aus Christiania, 11. September, wird berichtet:

Von dem hiesigen berühmten Prof. Sophus Bugge wurde vorgestern ein Privatgastmahl für einen engeren Kreis, hauptsächlich aus deutschen Schriftstrellen bestehend, gegeben. Einer derselben nannte diese Zusammenkunft, vom Standpunkt der Wissenschaft aus betrachtet, einen der wirklichen Glanzpunkte dieses Kongresses. Professor Weber aus Berlin, den größten Schriftstrellern zugehörig, bezugte in einer Toastrede für Bugge, wie tief es ihm wäre, in Norwegens Hauptstadt seinen berühmten und geliebten Schüler begrüßen zu können. So wie Bugge aber sein Schüler wäre, so wäre er selbst Schüler des Norwegers Cyr. Rafsen (Professor in Bonn), so daß für ihn ein fortlaufendes Band von norwegisch zu norwegisch ginge. Die ausländischen Herren sollten dem Herrn Bugge die wärmsten Outigungen bezeugen haben.

Die Sektionsversammlungen konnten gestern nur zwei Stunden dauern, da schon um 12 Uhr der Sonderung für den größeren Ausflug nach Ringeske — über Drammen nach dem Städtchen Hønefoss — abgehen sollte. Dem langen Zuge folgte in offenem Wagen das Musikkorps der 2. Brigade. Graf Landberg und einige von des Königs Gästen fuhren auf dem Landwege. Bei der Abfahrt regnete es, und lange blieb das Wetter trübe; allmählig klarte es sich indes auf, und die schönen Ansichten auf den Christiantier Fjord, die in Herbstfarben glänzenden Wäldungen, über das Viertel, die Drammens-Elf und den Drammer Fjord gingen den Gästen nicht verloren. In Hønefoss, wo ein kleiner Aufenthalt gemacht ward, konnte man die Ausländer etwas mustern; es fand sich, daß das arabische Element das kältere Klima nicht gut vertragen konnte und in Christiania zurückgeblieben war, dagegen die Hindus und die Japaner sich tapfer hielten. Die Stadt Drammen hatte Flaggenschmuck angehängt; große Schaaen bewillkommneten die Reisenden; ebenso waren alle Stationen der Eisenbahnlinie entlang und längs des Drammenflusses bespaziert und mit Schaustiften angefüllt. Zuletzt breitete sich die weite Ebene des Trifors, von klaren Höhen umkränzt, vor den bewundernden Augen aus. Gegen 1/5 Uhr kam der Zug bei Hønefoss an, zu gleicher Zeit ertönte Kanonenschuß von der „Kongshøje“. Die Stadt hatte große Verbeereitungen gemacht. Der Bahnhof war reich geschmückt. Die Schulfinder waren mit Banner und Fahnen, viele auch mit kleinen norwegischen Fahnen ausgestattet; auf dem Plage draußen wartete eine mächtige Volksmasse und grüßte lebhaft. Mit dem Musikkorps an der Spitze zog man durch die geschmückten Straßen, zwischen Birken-Alleen und kleinen Flaggen, vor Wäldern vorbei nach Glatvets Hotel, das man nach halbfrühlichem Wandern endlich erreichte. Dort hatten unter einem mächtigen Zeltdache 20 Tische gedeckt. Vor dem Eintritt mußte sich aber die hohe ziemlich hungrig gewordene Versammlung am Gelände des Flusses die Aufnahme durch einen Photographen gefallen lassen. Unter dem Zelte war dann ein glänzendes Souper dimatoires eingenommen mit etwa 16 Gängen, und bald entwickelte sich die lebhafteste Feststimmung. Das mitgezogene Musikkorps ertönte sich unermüdlich. Erst während des Mahles kam Graf Landberg und die mit ihm auf dem Landwege gefahrenen Gäste an. Vom Altane des Hotels trug dann ein gemischer Chor aus der Stadt Hønefoss Gesänge vor, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Nachdem Kaffee und Cigaretten aufgetragen waren, brachte der parische Oberpriester Modt auf Englisch den Dank des Kongresses dar. Man hatte, da es 1/7 Uhr geworden war, nicht mehr viel Zeit, und so zog man nach einem von Professor Vieblin ausgerufenen Lebeoch für die Bewohner von Hønefoss unter beständigen Grüßen aus den Fenstern und den lebhaften Zurufen der versammelten Volksmassen nach der Eisenbahn zurück, wo eine schöne Illumination angeordnet war. Das Ganze machte den Eindruck eines großen Volksfestes. Die Heimfahrt wurde vom schönsten Mondschein begünstigt. In Drammen wurde Aufenthalt gemacht; im Bahnhof waren Buffets eingerichtet, und von Damen der Stadt wurde Thee aufgetragen. Daß das Gedächtnis in schöner Beleuchtung strahlte, braucht kaum erwähnt zu werden. Auch auf der Brücke über dem Drammens-Elf war ein mächtiger Bogen mit Glaskugeln ausgepauert. Der Sonderung wurde bei Drammen in zwei Theile getheilt. Die Antunft in Christiania geschah erst 1/1 Uhr. Heute werden gleichfalls nur von 10 bis 12 Uhr Sektionsversammlungen gehalten, wie denn die Arbeit des Kongresses in Christiania nicht hoch zu nehmen ist. Um 2 Uhr wird derselbe durch allgemeine Versammlung im Universitätsaale geschlossen.

Rußland.

Petersburg, 15. September. Ein kleiner

